

# Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spielkarte“, Bezugspreis: Bei den Postämtern vierteljährlich M. 2.40 hin u. tritt noch das Postgeld; bei den Vereinen monatlich 85 Pfg., einschließlich Tragerlohn. Anzeigen: Grundzettel 25 Pfg., totale 20 Pfg., Anzeigen von auswärts werden durch Postnachnahme abgerechnet. Verlagsort: Kriegerberg, Schriftleitung und Verlag: Kriegerberg (Hessen), Druckverträge 12. Fernsprecher 43. Bei den Postämtern Nr. 4532, Amt Frankfurt a. M.

## Nahzu 9 Millionen Tonnen in elf Monaten.

702000 Tonnen im Dezember. — Auflösung der gesetzgebenden Versammlung in Rußland.  
Die Trojki und Genossen als Gewalttherrscher.

### Der deutsche Generalstab meldet:

W. E. S. Großes Hauptquartier, den 21. Januar. Amtlich.

#### Weltlicher Kriegshauptquartier.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich und östlich von Ypern, sowie an der Front von Lens die Epoche hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Vendhuile blieben die Abwehr eines englischen Vorstoßes Gelingen in unserer Hand.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien. Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten deutsche Unternehmungen unserer Einwandungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche Flugzeuge und ein Festballon abgeschossen.

#### Deutscher Kriegshauptquartier.

#### Nichts Neues.

#### Mazedonische Front.

Zwischen Bardar und Doiran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Öbse kam es mehrfach zu Vorkämpfungen, die für die Deutschen erfolgreich verliefen.

#### Italienische Front.

#### Keine besonderen Ereignisse.

#### Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Abendbericht.

Berlin, 21. Jan., abends. (M.B. Amtlich.) Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues.

### Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 21. Jan. (M.B. Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

#### Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

#### Der Chef des Generalstabes.

### 19000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. Jan. (M.B. Amtlich.) Im Südwesten des Eperobekles um England folgten unsere rauchlos tätigen U-Boote dem Gegner einen Verlust von 19000 Brutto-Registertonnen Handelsfahrzeugsraum zu. Die Mehrzahl der Schiffe wurde im Vermellkanal und St. George-Kanal unter holländischer Gegenwärtigkeit vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich drei größere Dampfer von über 4000 Tonnen, ein Schiff konnte als der englische Dampfer „Colmers“, der mit Kohlen nach Afrika unterwegs war, festgestellt werden.

#### Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### 702000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. Jan. (M.B. Amtlich.) Durch kaiserliche Maßnahmen der U-Boote sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702000 Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde unbrauchbaren Handelsfahrzeugsraum vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des ungelängten U-Bootekrieges auf

8,958,000 Brutto-Registertonnen.

#### Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Kristiania, 20. Jan. (M.B. Amtlich.) Das „Morgenbladet“ schreibt in einer Kriegserklärung über den erwarteten deutschen Angriff auf die Westfront: Die Möglichkeit für einen Durchbruch besteht, aber eben wenn es den Deutschen gelingt, den Verbündeten einen kräftigen Gegenangriff für längere Zeit unmöglich zu machen, hätten sie viel erreicht. Inzwischen wird der U-Boottyp unaußerordentlich weiter. Selbst wenn die Deutschen den Landangriff aufgeben müßten, könnten sie ihren eben so gefährlichen wie wirksamen Angriff zur See fortsetzen. Das können die Verbündeten nicht, außer, wenn sie ein Ba banque-Ereignis gegen die deutsche Flottenstärke wagen wollen. Die Hoffnung der Deutschen, mit den U-Booten, ihrem kräftigsten und

stärksten Angriffsmittel den Krieg zu gewinnen, scheint durch die Ereignisse gerechtfertigt.

### Bermouth.

Amsterdam, 21. Jan. Heber die Beschließung von Bermouth meldet ein Spezialbericht von Reuters: Der größte Teil der Einwohnererschaft lag bereits im Bett, als die ganze Gegend von einer stark leuchtenden Granate erhellt wurde. Die Granaten flogen schnell aufeinander und fielen in alle Stadtteile. Mit Sicherheit konnte nicht festgestellt werden, ob die Granaten von einem U-Boot, einem leichten Kreuzer oder einem Zerstörer kamen. Die verwundete Bevölkerung war von großem Kaliber, und wenn der Angreifer ein U-Boot war, muß dieses von einem neuen Typ und eine Art Kreuzer gewesen sein. Beim Ueberfall herrschte schünes Wetter bei ruhiger See. — Es handelt sich offenbar um den von deutschen Admiralsstab am 16. Januar gemeldeten Streifzug leichter Seestreitkräfte, bei dem Hafenanlagen unter wirksamen Artilleriefeuer genommen wurden.

### Die Wirren in Rußland.

#### Die Auflösung der gesetzgebenden Versammlung.

London, 20. Jan. (M.B. Nichtamtlich.) Reuters meldet aus Petersburg vom 19. Januar. In der konstituierenden Versammlung verlor Swerdlow die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik des Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszeugen einfließt, daß die Arbeiter bewaffnet und die mühsamen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anzeichen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt damit, daß die Macht ausschließlich den Arbeitern und Sowjets gehört. Retrospekt mit Gewehren und Bajonetten bewaffnet standen in den Gängen und zwei Selbstschüsse waren am Eingang aufgestellt. Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen. Daraufhin verließen die Bolschewiki und die linkslebenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückgebliebenen Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Retrospekt in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an, sowie den Verzicht, an die Kriegsführenden Mordungen zu schiden, um den Weltfrieden herzustellen.

#### Das:

Berlin, 21. Jan. Zur Sperrung der Konstituante durch die Bolschewiki fast der „Vorwärts“. Damit hat sich ein geschäftliches Ereignis vollzogen, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden wird. Die holländische Regierung hat in der Volksvertretung keine Mehrheit gefunden und da sie auf die Macht nicht verzichten wollte, hat sie an dem Parlament des revolutionären Rußland nicht anders gehandelt als der Zar an der Duma.

Stockholm, 19. Jan. (M.B.) Nach zuverlässigen Nachrichten aus Rußland berichtet in den Gouvernements Nowgorod, Kestrona, Wladimir, Smolensk, Moskau, besonders Odenburg und Turkestan Hungernot. Der Volkskommissar in Verfassungsanangelegenheiten hat eine Verfügung gegen die Mordtätigkeit im Verfassungserlass. Die Verpflegung der hungernden Provinzen und der Front sei bei den jetzigen Zuständen unmöglich. Die „Rote Garde“ und revolutionäre Freimil提高 sollen die Ordnung des Bahnverkehrs wiederherstellen.

Rotterdam, 20. Jan. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Petersburg telegraphiert: Er sei der Ansicht, daß die Konstituante bedeutungslos sei. Unter der Regierung der Sozialrevolutionäre würde das Regime vielleicht milder werden. Aber die Sozialrevolutionäre könnten die Verhältnisse des Regimes der Bolschewiki nicht zurecht machen, selbst wenn sie es wollten. Die große Masse schwante augenblicklich. Die Arbeiter und Soldaten seien heute für morgen gegen die Bolschewiki. Die Ernährung würde knapper, Steinböden kalt. Die Schwerekläre dauerten fort. Falls Rot eintrete, werde die Menge sich gegen jede Macht ohne Unterschied erheben und sie zerstören.

#### Die Straßenkämpfe in Petersburg.

Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet: In der Nacht zum Freitag wurden Hunderte von Verhaftungen vorgenommen. Freitag, vormittags gegen 11 Uhr, begannen in verschiedenen Stadtteilen Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Man errichtete Barrikaden. Die Soldaten der Roten Garde und bürgerliche Bewaffnete beteiligten sich am Kampfe, ebenso wie vor einigen Tagen aus

Kronstadt mit Schiffen eingetroffene Matrosen. Anfänglich hatte der Kampf den Charakter eines ungeordneten Zusammenstoßes verschiedener Partizipanten. Es gab bereits eine Anzahl Toter und Verwundeter. Später nahm die Heftigkeit des Kampfes zu. Die Kolonnen der sozialrevolutionären Arbeiter, die zugunsten der konstituierenden Versammlung demonstrierten, wurden von den Leninisten mit Salbener aus Gewehren und Steinwürfen von den Dächern angegriffen.

#### Ohne Nachrichten aus Petersburg.

Basel, 21. Jan. Die „Daily Mail“ meldet auf Umwegen aus Petersburg: Die holländischen Telegraphenverbindungen der Petersburger Botschafter wurden am Freitag abgeschnitten, und darum fehlen seit Samstag früh alle englischen Pressedrohungen aus Petersburg.

#### Gewalttaten der Bolschewiki.

Amsterdam, 18. Jan. (M.B.) Bericht eingetroffen. Der „Russische Wiedomosti“ entnehmen die „Times“ Beispiele für die angebliche Gewalttätigkeit, mit der die Bolschewiki bei den Wahlen für die verfassunggebende Versammlung zu Werke gingen. Im Bezirk Moskau drangen bolschewistische Soldaten in die Häuser und drohten jeden zu ermorden, der gegen den bolschewistischen Kandidaten stünne.

#### Der Kampf in Petersburg.

Vern, 21. Jan. (M.B.) Der Petersburger Berichtserstatler des „Corriere della Sera“ dröhelt, daß hundert von Verhaftungen vorgenommen wurden. In verschiedenen Stadtteilen begannen Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. An mehreren Stellen wurden bereits Barrikaden errichtet. Einige von Kronstadt eingetroffene Kriegsschiffe griffen in den Kampf ein.

Amsterdam, 21. Jan. (M.B.) Laut „Daily News“ aus Petersburg vom 18. Januar läuft das Gerücht, daß Sowjeto-Pilonsko und Krenski, die bisher bei Stalodin waren, nach Petersburg zurückgeführt seien. In der ganzen Stadt herrscht eigentümliche Spannung, wie sie auch vor früheren Unruhen wahrnehmbar war.

### Flanderns Selbstständigkeit.

Brüssel, 20. Jan. (M.B.) Das zentralschweizerische Pressebureau veröffentlicht folgende Mitteilung des Rates von Flandern:

Entsprechend dem in seinen ersten Kundgebungen vor Jahresfrist aufgestellten Ziele hat der Rat von Flandern in seiner allgemeinen Versammlung vom 22. Dezember 1917 feierlich und einstimmig Flanderns volle Selbstständigkeit beschlossen. Im Verlaufe dieser Erklärung legt der Rat von Flandern das ihm von der flämischen Landesversammlung vom 4. Februar 1917 übertragene Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen, die dem flämischen Volk Gelegenheit geben soll, seinen Willen zu dieser Selbstbestimmung des Rates kundzugeben. Die Kommission der Bevollmächtigten:

Professor Dr. P. Lad, A. Broy, Professor W. L. M. Joubert, Professor R. Hendrick, Professor P. Verclienne, Professor Dr. J. de Deder, Dr. J. de Vries, Dr. Aug. Bors, Professor F. Wuyts.

### Bis zum letzten Franzosen.

Genf, 21. Jan. Der „Matin“ schreibt zur Klod Georgischen Rede: In französischen Parlamenten streifen erbittet man in den Klod Georgischen Hülseisen nach der Verlängerung der englischen Dienstpflicht bis zum 55. Jahre nur den ersten Barfüßer einer gleichen Maßnahme für Frankreich. Darauf bestehen auch bestimmte Äußerungen Clemenceaus im Senatsauschuß der Kammer vom letzten Mittwoch von einer teilweisen Anspannung der zur Verklügung stehenden französischen Mannschafteverbände schließen.

### Ein englisch-holländischer Notenwechsel.

London, 19. Jan. (M.B.) Neutermeldung. Der Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung wegen der Verletzung des holländischen Dampfers „Ede“ und der Beschädigung des holländischen Dampfers „Bermisse“ auf der Reise von Westafrika nach Rotterdam durch deutsche U-Boote wurde heute veröffentlicht. Der Dampfer „Bermisse“ hatte Aufreise in Westafrika am 2. 5. 1917 verlassen und wurde am 20. 5. durch einen englischen Hilfskreuzer angehalten, der ihm Befehl gab, den Kurs auf Kirtwall zu setzen. Während das Schiff das deutsche Seepatrolgebiet kreuzte, wurde es am 23. Mai von einem deutschen Unterseeboot angegriffen und beich-

Digt. und durch englische Fischdampfer nach Kiewall eingebracht, wo es, um nicht zu sinken, auf Strand gelandt werden mußte. Am 20. 10. 1917 erließ der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande Bescheid, daß alle Besatzungsmittel für die Schiffe auf die englische Regierung solle, ganz abgesehen von der Ursache des Verlustes. Denn es bestünde kein Grund dafür, Schiffe in englische Häfen zu bringen und sie so zu zwingen, das gefährdete Gebiet zu durchfahren. In der Antwort vom 16. 11. 1917 sagte Balfour, die englische Regierung hätte einmütig zu hören, daß die Niederlande einen heftigen Einspruch an die deutsche Regierung gerichtet hätten wegen der offenbar rechtswidrigen unumständlichen Handlungsweise der Unterseeboote und daß diese Bescheide aus Anlaß der durch solche Handlungsweise verursachten Verluste gegen jene Regierung gerichtet worden müßten. Das Recht der Kriegsführenden, neutrale Schiffe zu prüfen und zu durchsuchen, kann nicht in Frage gestellt werden. Die Tatsache, daß eine solche Prüfung unter den jetzigen Verhältnissen nicht auf See stattfinden kann, ist nicht abzuliegen. Die Rechtsmäßigkeit der Verhaftung solcher Schiffe in einen Hafen zur Prüfung wurde vollständig während der ganzen Dauer des jetzigen Krieges zugestanden. Die Frage, ob die Sendung des Schiffes in einen Hafen notwendig gewesen wäre, ist bedeutungslos, da das Recht dem kommandierenden Offizier bei dieser Entscheidung zugehört. Der Schaden ist unmittelbar durch rechtswidrige Handlungen deutscher Unterseeboote verursacht. Die englische Regierung kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist auch kein Zweifel darüber, daß das deutsche Vorgehen, ein „Sperrgebiet“ einzurichten, in dem neutrale Schiffe ohne Warnung verhaftet werden können, im höchsten Grade rechtswidrig ist. Die englische Regierung trat mit Unbarmherzigkeit für sich selbst Entscheidungen, daß neutrale Schiffe, die weder gewisse vorbestimmte (1) Bedingungen annehmen, an bestimmten Punkten, außerhalb der gefährdeten Gebiete geprüft werden können. Die Schiffe, um die es sich hier handelt, machten aber keinen Versuch, diese Entscheidungen zu erhalten, sondern zogen es vor, die Gefahr auf sich zu nehmen, die eintritt, falls eine Entscheidung dahin getroffen wird, daß sie in einem englischen Hafen geprüft werden müssen. Die Antwort der Niederlande vom 12. 12. bestreitet die Ansicht, daß die Kriegsführenden unter irgendwelchen Umständen das Recht hätten, ein neutrales Schiff in einen Hafen zu bringen und daß es von diesem nur guter Wille ist, der sich seines Rechtes nicht bedient. In einer kurzen Antwort vom 31. 1. 1918 sagte Balfour, die von der niederländischen Regierung vorgebrachten Erwägungen trafen nicht die Hauptsache, nämlich daß die niederländische Regierung, obgleich die Schiffe durch eine unangelegentlich rechtswidrige Handlung deutscher U-Boote verhaftet bzw. beschlagnahmt worden seien, ihre Bescheide an die englische Regierung und nicht an die deutsche Regierung richtete.

## Das Ultimatum an Rumänien.

Petersburg, 19. Jan. (RUB. Nichtamtlich.) Neutermelbung. Eine Zeitung meldet, daß der Befehl der Volksbeauftragten, den König von Rumänien zu verhaften, sich bestätigt. Der revolutionäre Ausschuss der neuen russischen Armee forderte den rumänischen Militärattaché ein Ultimatum mit zwei Stunden Frist, in dem er freien Durchzug der russischen Truppen durch Jassy verlangt.

## Aus Angst vor der Wahrheit.

Bern, 20. Jan. (RUB. Das „Berner Tagblatt“ vom 18. Januar bringt aus einem Privatbriefe folgendes zur Angelegenheit Caillaux: „Privatnachrichten, die ich erhalten habe, lassen den tiefsten Grund der Treibereien gegen Caillaux ziemlich scharf erkennen. Die Hauptursache der Angriffe auf den ehemaligen Minister bildet die Furcht vor finanziellen Enttarnungen, die der Mann machen könnte. Das französische Finanzgebäude stehe auf sehr schwachen Füßen. Es habe, wie übrigens im Reichsmoneten überhaupt eine heillose Verwirrung mit einer tiefsten Verheimlichung der wirtlichen Finanzlage Platz gegriffen. Die politischen Vertreter in In- und Ausland hätten sich zum Teil einer haarsträubenden Geschäftsgebarung schuldig gemacht. Eine engere Partei Beteiligter suche nun durch Mittel der Verheimlichung die Verwirrung und den Zusammenbruch zu verzögern. In dieses ganze System sei nun wie ein Wühlstrahl schon die Höhle der Lüge auf einen Staatsbankrott gefahren. Caillaux sei als einer der Lüge, die Hauptbeteiligten zu nennen. In größter Hast werde nun die Börsenwelt gewaltigste Papiere aller Art in den dumpfen neutralen Stanten abgesetzt und sich nach noch große Kredite zu verschaffen.“

Dazu bemerkt die Schriftleitung des Blattes: Schon längst haben wir unser Mitlesern gegen die Frankreich und Italien zu gewöhnlichen Krediten ausgesprochen. Die Politiker und Bankleute, die uns diese bösen Geschichten bringen, mögen zuhören, wie sie uns vor Schaden bewahren. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß immer mehr schwererfähriges Kapital schlafgelegt wird. Daß wir von den Franzosen keine russischen Papiere nehmen werden, ist so sicher, aber niemand weiß, wie der Krieg ausgehen wird, und dann?

## Französische Jahresprophetisierungen.

Die „Gazette des Ardennes“ Nr. 520 bringt eine kleine Zeilenkette aus den Revolutionsbetrachtungen französischer Politiker die seit 1916 für jedes Jahr der Entente den sicheren Endesweg weisen. Ein Vergleich dieser lebendigen Worte mit den widerwärtigen Tatsachen dürfte kaum geeignet sein, das Vertrauen seiner Leser und Hörer zu stärken. So schreibt Voltaire (Paris) im „Aurore“ 1915: „Wir kämpfen bis zum vollkommenen Sieg. Schon zeigt er sich am Horizont des Jahres, das morgen beginnt.“ Zum Neujahr 1917 verheißt derselbe Prophet, unbedeutend: „Nur die Gewalt kann das Raubtier niedergewingen. Das wird geschehen in dem Jahre, das heute beginnt.“ Charles Humbert, der inzwischen durch die Staatsanwälte sein Ansehen eingebüßt hat, verklärt am 1. Januar 1918 in seinem „Journal“: „Das Jahr 1918 wird das Jahr

hunde Jahr sein, das den Abend damit, das Jahr der Erneuerung, der Tat, der Befreiung! Es wird so sein, weil wir es wollen, weil wir entschlossen sind, es unbedingt dahin zu bringen... Ja, 1918 wird uns das glückliche Ende des Krieges bringen, aber ein ruhiges und festes!... Auch Humbert ist durch diese Stimmungen nicht vorbestimmt geworden. Das Jahr 1917 begrüßt er unentwegt: „Seit 1917, das unsere Hoffnungen vernichtet!“ Gustave Herod nimmt das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 zum Anlaß, um für das Jahr 1917 in seiner „Victoire“ den entgeglichen Zusammenbruch Deutschlands zu prophezeien: „Ich sage voraus, das Jahr 1917 wird nicht vorübergehen, ohne daß die Deutschen sich ergeben haben.“ Aber nicht nur unverständliche Journalisten ergießen sich in solchen Vorwärt, sondern das verantwortliche Oberhaupt der Republik, der Präsident Poincaré, richtete Neujahr 1918 einen offenen Brief an alle Offiziere und Soldaten Frankreichs mit der Botschaft: „Das kommende Jahr wird auch den Triumph bringen, die Niederlage des Feindes zu vollenden, die Feinde, an deren Herz beizuhaken, und das Glück, den Sieg bei euren Lieben zu feiern.“ Von solchen Propheten wird das französische Volk seit drei Jahren mit Zuversicht und Wahn versorgt. Solche leichtfertige Voraussetzungen wird man vergebens in ernst besinnlichen Kundgebungen finden, weil man hier bei allem berechtigten Selbstvertrauen lieber die Wirklichkeit reden läßt.

## Die Stimmung an der englischen Front.

Die Leiden der englischen Mannschaften, die nach ihren blutigen Niederlagen nun schon jahrelang im flandrischen Sumpf liegen, sind unbefriedigend. Die Gräben selbst befinden sich in äußerst schlechtem Zustand. Der Bau von Unterständen ist wegen des summierten Grundes nicht möglich. Nur kleine Unterstände konnten angelegt werden, deren Erdwände immer wieder einstürzen. Verbindungs- und Unterstandsgänge befinden sich völlig unter Wasser. Ablosungen und Eßenträger müssen über freies Feld, durch den schlammigen Boden ihre Wege machen; wobei sie im feindlichen Feuer täglich erhebliche Verluste erleiden. Die schlechten Verhältnisse sind Grund für den ungeheuer großen Abgang an Kranken. Vor allem grassiert die Erkrankung an „Grobenulsen“. Auch die Verpflegung hat sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert. Zucker, Fleisch und Gemüse, Tee und Butter sind seitens der Gräben schlecht organisiert, ist, trinken die englischen Soldaten trotz strengsten Verbotes das Wasser aus den Granattrichtern und wuschen sich damit, was wiederum schwere Erkrankungen zur Folge hat. Infolge dieser Zustände und der schweren Verluste der letzten Monate ist die Kriegsmüdigkeit im englischen Heere immer stärker geworden. Ebenso hat sich das Verhältnis zu den Franzosen dauernd verschlechtert. Niemand hat Lust, sich für Elend-Bohrungen totzuschlagen zu lassen. Zur Hebung der Kriegsstimmung ist das Singen auf den Märchen eingeführt, über das man sich bei den Deutschen stets lustig machte. Zwischen Kanadiern und Australiern entstehen viele Reibungen, die oft in Handgranatensprüngen zu Ende geführt werden.

## Gewalttaten der Maximalisten in Estland.

Der nachstehende Brief eines estländischen Großgrundbesizers, der seit dreißig Jahren mit seinen Leuten im denkbaren besten Einvernehmen lebt und noch im Sommer 1917 keine Versteckung angestrichen fortzuführen konnte, gibt ein sehr anschauliches Bild von dem Vorgehen der Maximalisten in Estland und den Formen, in denen die künftigen Weisungen der derzeitigen Regierung in Petersburg in den baltischen Provinzen ausgeführt werden:

Gestern hat mir drei mit Pferden hier angekommen, da es ausgeschlossen war, weiter zu Hause zu bleiben, weil wir die entsetzlichen Dinge erleben. Montag Abend versammelten sich alle Leute und Arbeiter des Gutes im Korridor und der Räder der Arbeiter und jeden ein Protokoll auf über die Wegnahme meines Gutes zum Nutzen des Reiches, wobei mir gestattet sein soll, auf dem Gute zu verbleiben. Sie wählten darauf ein Komitee von fünf Gliedern, welches das Gut in Verwaltung nehmen sollte. Dieses wurde mit mir Kontor vorgelesen. Am anderen Tage bereuten sie schon ihr Vorgehen und wollten mich um Verzeihung bitten. Abends erschienen die Hauptagitatoren bei mir und verständlich, daß alles beim Alten bleiben solle. Sie wollten nur von Seiten des Komitees ein Protokoll aufsetzen, um es den Rändern bei ihrem Erscheinen vorzulegen. Mittwoch früh war alles wieder ruhig und die Leute gingen an die Arbeit. Da plötzlich gegen Mittag erschienen die Hauptagitatoren des Kirchspiels sowie das Gemeindefomitee, der Schied und der Meier, von Soldaten begleitet, riefen alle Gutsknechte zusammen und eröffneten im Speisezimmer eine Sitzung, auf der beschlossen wurde, mir das Gut wegzunehmen und mir bis zum 23. August 1918 drei Zimmer im Hause zu überlassen. Die Soldaten zwangen mich in der größten Eile, dieses Protokoll zu unterschreiben, sowie sämtliche Einnahmen des Gutes, von Anfang November bis heute, dem Komitee zu übergeben, und am Donnerstag erzwangen sie Herausgabe von 2200 Rubeln, sowie meine Unterschrift, die mich verpflichtete, im März den Rest von 2100 Rubeln zu bezahlen. Alles dieses mußte ich erfüllen, da sie mich sonst nicht hinausgelassen hätten. Die Soldaten wollten Wagen auffahren, um ein heimliches Abfahren zu verhindern. Sie teilten mit, daß sie sämtliche Güter in der Umgegend übernehmen würden. Hier in der Umgegend ziehen Plünderer umher, die bereits einmal ins Haus dringen wollten. Gestern gelang es den Ministern und Soldaten, drei von der Bande einzufangen. Einer war hier und ist derjenige, der vor zwei Wochen in W. den Baron S. beraubt hat. — Wie soll das alles enden? Können wir noch an Rettung hoffen? ...

Aus der obigen Darstellung geht hervor, daß das unglückliche Land weniger durch die in Kauf, Brandstiftung, Plünderung und Mord bestehenden, nur in gewissen Teilen der

Provinz verübten Greuelthaten der räuberischen russischen Soldaten, als vielmehr durch das methodische Vorgehen der maximalistischen Zentralregierung in Petersburg zugrunde gerichtet wird. Es handelt sich dabei nicht um eine eigentliche Expropriation, sondern um den gewaltsamen Raub jeglichen privaten und kommunalen Eigentums, so daß die Früchte einer jahreslangen Kulturarbeit im Sande verweht werden. Im übrigen ist auch die landliche estnische Bevölkerung sich ansehnend ganz klar darüber, daß das Vorgehen der Regierung ein verwerfliches ist. Das gefährdete Verhalten des aus 5 Gliedern bestehenden estnischen Komitees nimmt mit der Nachricht des russischen Blattes „Kisch Wjet“ vom 19. Dezember überein, wonach die Regierung im Dezember genötigt war, die estnischen Provinzkomitees wegen „unmoralischer Gefinnung und Untätigkeit bei der Regelung der Enteignung“ aufzulösen.

## Oesterreich-Ungarn.

Eine Regierungserklärung an die Arbeiter.

Wien, 21. Jan. (RUB.) Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterkammer mit der Regierung im Abgeordnetenhause erklärte Ministerpräsident von Seidler: Es sei der schärfste Wunsch des Kaisers, jedoch als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden. Sei zunächst nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so falle die Verantwortung dafür auf die Entente, die alle die niederhalten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen hätten. Lassen ungeachtet hatte die Regierung an den Feten eines möglichen baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte seien dazu nach ihrer Überzeugung die geeignete Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der L. u. L. Regierung angestrebt würden, würden dann auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung wolle man es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen solle. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müsse die L. u. L. Regierung freilich ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht geglätteten Verhältnisse Rußlands, diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden könnten, was würde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinem eigenmächtigen Abhaken letzten Hebe und bereit sei, den russischen Wünschen so weit entgegen zu kommen als die österreichischen Interessen es gestatten, hege der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an dieser Frage nicht scheitern würden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewünschten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu heben. Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die am Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Äußeren Grafen Czernin hin. In längeren Ausführungen legte sodann der Minister Höfer die Mehrere dar, daß die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen hat, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hofentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und dem Verbündeten die Ernährungsverhältnisse im kaiserlich-königlichen Zusammenwirken zu verbessern. Hieran mochte der Minister des Innern Graf Torgler eine Mitteilung über die geplante Reform des Gemeindefortschritts.

## Der preussische Landwirtschaftsminister über die Ernährungsfrage.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags kam auch die Polenfrage zur Sprache, wobei der Minister des Innern ganz entschieden hervorhebt, daß von einer Selbstständigkeit der b. eiden Provinzen Polen und Westpreußen nie und nimmer die Rede sein könne, Preußen bleibe ein einheitlicher Staat. Als der konf. Abg. Soehle Fragen der Landwirtschaft befragt und insbesondere die Regelung der handelspolitischen Beziehungen mit Rußland in den Vordergrund stellt, antwortete der Landwirtschaftsminister v. Eisenhart-Rothe: Den bisherigen Leistungen der Landwirtschaft kann ich nur Dank und Anerkennung zollen. Im Jahre 1918 wird der Mangel an Nahrungsmitteln wachsen, wenn nicht mit der nötigen Vorsicht vorgegangen wird. Deshalb müssen wir zu außerordentlichen Maßnahmen greifen. Es ist meine stete Sorge, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Mit dem Antrag auf Vergößerung der Kartoffelanbaufläche bin ich einverstanden. Was den Antrag auf Vergrößerung der Landwirtschaft mit Düngemitteln betrifft, so wird mit allen Mitteln auf Vergrößerung der Produktion von Stickstoff und Phosphor hingearbeitet. Es kann aber nur ein Teil davon der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Unsere landwirtschaftliche Produktion läßt noch manches zu wünschen übrig, aber im ganzen werden wir auskommen. Die Ausbesserungspläne der Feinde werden ebenso scheitern, wie sie bisher gescheitert sind. Die Landwirte werden alles daran setzen, um das Volk ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Ebenso wie militärisch können wir wirtschaftlich die Lage mit Ruhe betrachten. (Beifall.)

## Schieber und Geschobene.

Doch die russische Telegraphen-Agentur, also das amtliche Organ der dergleichen Nachbarn Rußlands, über die deutsch-russischen Friedensverhandlungen folgende Nachrichten

In die Welt setzt, ist gewiss eine Angelegenheit, die die russische Regierung in erster Linie angeht und für deren Folgen sie verantwortlich ist. Schreiten daran die Friedensverhandlungen, so ist das eine Sache, die die Volkswirtschaft mit der Telegraphen-Agentur auszumachen haben. Da aber das Oberhaupt der Volkswirtschaft, Herr Vorstein, gen. Trost, allen Angelegen nach gar keinen großen Wert auf den sachlichen, ungehörten Verlauf der Verhandlungen legt, ist es wohl nur eine Grabfrage, in welchem Maße das Verhalten der Telegraphen-Agentur im Gegensatz zu der offiziellen russischen Regierung steht. Im Lager der unabhängigen Sozialdemokraten ist man aber offenbar anderer Meinung. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist sehr besorgt, daß das Verhalten der russischen Telegraphen-Agentur die russische Revolution, wie sich der „Vorwärts“ in brüderlicher Liebe ausdrückt, kompromittiere. Man erzählt bei dieser deutsch-russischen Auseinandersetzung, daß der Leiter der Telegraphen-Agentur ein gewisser Karl Kadel ist, der in der deutschen sozialdemokratischen Presse und Partei bereits vor dem Kriege eine Rolle gespielt hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt u. a.:

„Es läßt sich doch bis auf weiteres unmöglich annehmen, daß dort jeder beliebige Telegraphist kann, was er will, oder daß Kadel, der zum Leiter der Agentur bestellt ist, internationale Politik auf eigene Faust, losgerißt von Lenin und Trost, treibt. Das würde das vollständigste Lobwort sein, und niemand — weder im Lager der Mittelmächte noch in dem der Alliierten — könnte in Zukunft Politik treiben, bei der in irgend einer Form das wirkliche oder mutmaßliche Verhalten der Volkswirtschaft in Rechnung gestellt würde.“

Das sind also die Sorgen der Unabhängigen Sozialdemokraten. Da ihnen das Ansehen der Volkswirtschaft so am Herzen liegt, oder ob sie meinen, daß Herr Kadel sich aus Furcht vor der Ungnade der Redebour und Spalte eines Verhaltens befleißigen könnte, das den Unabhängigen aus leicht begreiflichen Gründen genehm ist, soll hier nicht untersucht werden. Es sei aber auf die feinen Fäden hingewiesen, die die Revolution in den beiden Lagern verbinden. Die Unabhängigen erwarten von Herrn Kadel eine Politik der Internationalen. Wie aber, wenn Herr Karl Kadel, der eigentlich auf den Namen Sobelsohn hört, nicht der roten, sondern der goldenen Internationalen vertritt? Das wäre so unmöglich nicht, denn die eigentlichen Kriegstreiber sind in der internationalen Blutsprache zu suchen, und daß diese alles tut, um einen deutsch-russischen Frieden zu hintertreiben, hat bereits in Stockholm der „Amerikaner“ ostentativ der Herrschaft, Herr Kleinstein, bewiesen, der Herr Sobelsohn-Kadel ebenso nobel wie Herr Trost-Vorstein. Kleinstein vertritt in Stockholm bekanntlich die Interessen der amerikanischen Börsenleute, die durch die russische Friedensneigung gefährdet erscheinen. Das hat das neutrale Blatt „Kosmopolit“ klar gemacht. Es schrieb Ende Juli 1917:

„Die Vereinigten Staaten strecken ihre Hand aus...“

Der durchaus im Dienste der internationalen Autokratie stehenden Presse ist es vorzüglich gelungen, durch eine demokratischen Phantasiebel den Wälfen das Erkennen der Wahrheit zu erschweren. Sie nährt geflissentlich den Wahnwitz der Massen, so daß diese im blinden Draufgängerum nicht merken, daß alle gewalttätigen Umwälzungen, seien es Kriege oder Revolutionen, nur den Zweck einiger weniger Reichthümer anhäufenden Gruppen dient. An der Entwicklung der Dinge in Russland wie an der Kapitalanhäufung der englisch-amerikanischen Autokratie ist so zu sehen, welche Leute durch Revolutionen und Krieg Reizen in ihre Schmecken sammeln. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie begrüßte aber am 17. Juli 1917 die russische Revolution als ein „geschichtliches Ereignis von ungeheurer Wert“ und einnahm über den Kuyporn, mit vermehrter Willensstärke auch für die deutsche Demokratie einzutreten, mit besonderer Betonung des Bewußtseins, daß jedes Land eine „besondere Politik“ erfordert. Unverkümmt bekannte sich am 14. Oktober 1917 der „Vorwärts“ zur Unüberwindlichkeit der sozialdemokratischen Ziele, wie sie sich aus dem Kurs 1913 ergäben. Das Blatt lobte die Verreglichkeit der sozialdemokratischen Politik gegenüber der Unbereitschaft der IL-Sozialisten. Beide sind also letzten Endes in Bezug auf das revolutionäre Ziel einig, und wenn die eine Gruppe den russischen Revolutionären rät, sich nicht zu kompromittieren, die andere aber zu belehren sucht, so geschieht das nur aus Sorge um die Gefährdung der Autokratie, die sie aus der revolutionären Gestaltung Russlands für Deutschland erhoffen. — Sie glauben zu lächeln und sind die Geschöben.

## Eine machtvolle Kundgebung in Dresden.

Dresden, 20. Jan. Einen großartigen Verlauf nahm eine Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei, Ortsgruppe Dresden, im Circus Saxe, bei über 1000 Zuhörern aus allen Ständen der Bevölkerung bewohnt. Reichstagsabgeordneter Major C. v. J. sprach, oft von Rühmlichem Beifall unterbrochen, über deutsche Pflichten und Sorgen in Deutschlands Schicksalskämpfe. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschlossenheit angenommen, die in Form von Drucksachen an den Kaiser, den König von Sachsen, den Reichskanzler und an Hindenburg das begeisterte Vertrauen des gesamten deutschen Volkes zu seinen

heiligen Heerführern Hindenburg und Ludendorff zum Ausdruck bringt und es als eine Verpflichtung an der Zukunft Deutschlands bezeichnet, wenn ein Frieden geschlossen wird, der nicht auf die demütigende Einflucht und den Rat dieser beiden Volkseigenen gegründet wäre.

Mit einem dreifachen Hoch auf Hindenburg und Ludendorff und dem begeisterten Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die mächtige Versammlung, der sozialdemokratische Eiferer nicht nahe zu kommen gewagt hatten.

## 1847—1917.

„Ich getreue mit der Opposition in Konflikt, als ich das erste Mal zu längerer Ausführung das Wort nahm, am 14. Mai 1847, indem ich die Legende des 1813 in den Preußen 1813 in den Krieg gegangen wären, um eine Verfassung zu erlangen, und meiner naturgemässen Enttäuschung darüber Ausdruck gab, daß die Fremdenherrschaft an sich kein genügender Grund zum Kampfe gewesen sein sollte. Mir schien es unmöglich, daß die Nation sollte, daß sie sich selbst befreit habe, dem König eine in Verfassungsparagrafen zahlbare Rechnung überreichen sollte.“

So wurde gesprochen nicht im Jahre 1917, sondern 1847 von Eisner. (Gedanken und Erinnerungen Band I, Seite 17.)

## Schutz für die Rede- und Versammlungsfreiheit.

Die Presse und die Abgeordneten der radikalen Parteien haben sich gerade in letzter Zeit wieder befaßt über die durch den Kriegszustand herbeigeführten Einschränkungen der Rede- und Versammlungsfreiheit befaßt. Nun wird an diesen Einschränkungen wohl niemand in Deutschland Freude haben, und auch wir sind der Ansicht, daß auch jetzt noch in dieser Beziehung des Unverstandenen gewiß genug ist; insbesondere ist es schädlich unverständlich, daß man die durch die Versammlungen der Vereinigungen Schwierigkeiten in den Weg legt, an deren Fortschritt und ordnungsgeliebtem Sinne nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Mit aller Deutlichkeit aber auch dazu betont werden, daß die Sozialdemokratie die Schuld daran trägt, wenn die Rede- und Versammlungsfreiheit noch nicht in dem Maße wiederhergestellt worden ist, wie es im allgemeinen ersehnt wird. Wir haben ja fälschlich an dem allgemeinen Verbot politischer Versammlungen in Schicksal gesehen, daß die bedauerlichen Ausstellungen, die mit sozialdemokratischen Versammlungen verbunden waren, zu einem allgemeinen Verbot führten: weil man die Verantwortung für die weitere Genehmigung sozialdemokratischer Versammlungen tatsächlich nicht tragen konnte und aus falsch verstandenen Gerechtigkeitsgefühl heraus deshalb auch den anderen politischen Parteien die Genehmigung zu Versammlungen verweigern zu sollen glaubte! Die ordnungsgeliebten Parteien blühen also mit für die sozialdemokratischen Sünden.

Inzwischen haben wir jedoch noch mehr erleben müssen. Unter anderem haben die Sozialdemokraten in Jena, in Mannheim, in Frankfurt am Main und auch in Berlin Versammlungen der Vaterlandspartei oder aber ihre ordnungsmäßige Durchführung durch Veranlassung wüster Redaktionen verhindert und mit Mitteln händelhafter Art die Rede- und Versammlungsfreiheit verweigert. Die Redner wurden niedergeschrien, die Versammlungen am ordentlichen Verhabele gehindert. Nicht die Behörden also, sondern dieselben Sozialdemokraten, deren Vertreter in Presse und Parlament, die erwähnten Verhinderungen führten, unterdrücken hier die „Rede- und Versammlungsfreiheit“. Je höher auch in Deutschland die radikalen Säume wachen, um so deutlicher wird, wie unsere Sozialdemokraten die Freiheit, die sie verlangen, verheizen: nämlich als Freiheit, alle Andersdenkenden zu verweigern, alle abweichenden Meinungen niederzuschreiben und niederzuschreiben. „An ist ein Strohhalm der Morgenzeit der neuen Zeit, die die Sozialdemokratie über Deutschland heraufziehen will.“

Gegen dieses unmögliche Gebot sollen sich alle anständigen Elemente im deutschen Volk zusammenschließen und mit aller Energie zur Wehr setzen. In erster Linie ist es natürlich Pflicht der Behörden, die Rede- und Versammlungsfreiheit nachdrücklich zu schützen; aber auch die bürgerlichen Parteien, ohne jeden Unterschied, sollten ein belangendes Interesse daran erkennen und betätigen, daß derartige Ausschreitungen empörender Unabwieslichkeit künftig verhindert werden. Die Rede- und Versammlungsfreiheit muß geschützt werden, soweit die Verhältnisse der Kriegszeit es irgend gestatten; in erster Linie erscheint jetzt aber ihr Schutz nötig gegen die Elemente, die die Freiheit zu handeltlicher Unterdrückung abweichender Meinungen und Meinungsäußerungen mißbrauchen und so selber die Rede- und Versammlungsfreiheit mit Füßen treten. Das gehässige Gespenst wollen wir vermeiden.

## Sie beginnen schon wieder.

Der Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg hat sich am Sonntag, den 12. Januar, bemüht, in öffentlicher Versammlung gegen die „verheerende Agitation der Vaterlandspartei“ zu sprechen. Da er das ausgesprochen in Frankfurt am Main unter dem Titel „Unser Frieden“ tat, ist es selbstverständlich, daß der Vortrag dem Publikum von Frankfurt am Main auf den Leib zugeschnitten war. Mit Befahren weiß das „Berliner Tageblatt“ aus Dernburgs Vortrag zu berichten: „Überhaupt mußte unter allen Umständen werden, wenn man bedachte, daß jetzt allein die Fliegerarmee so viel Geld verschlingt, als früher der ganze Heeresetat betragen hätte.“ Mit denselben geistlichen Gründen hat das „Berliner Tageblatt“, das in dieser Beziehung so eng mit dem Namen Dernburg verknüpft ist, seit 20 Jahren gegen jede Heeres- und Flottenvergrößerung gekämpft, und am 26. Januar 1900, also vor fast genau 18 Jahren, aus seiner prinzipiellen Gegnerschaft jeder Flottenvergrößerung kein Hehl gemacht. Diese Gegnerschaft übertrug sich „unserer“ Friedenswahrer auf die Luftflotte. Und doch sollte sie dieser Krieg, der kurz nach ihrer erklärten Absage zur Wehrtage von 1913 ausbrach, eines besseren belehrt haben. Trotz des offensichtlichen Nachteils, in den Deutschland durch die Vergrößerung seiner Militärvergrößerungen geraten war, schaut man sich nicht, noch inmitten des Kampfes den Abbruch.

Wort zu reden mit einem Hinweis auf die Waffe, an deren größtmöglicher Ausgestaltung gerade auch Frankfurt am Main ein starkes Interesse haben mußte. Belgien, nach dem Wunsch unserer Reichspolitiker wieder auf sich gestellt, d. h. englisch behütet, würde eine vorzügliche Basis für Luftflotten bieten, die den Frankfurter Bürgern des Herrn Dernburg gründlich in einer Nacht lehren könnten, welche Folgen „unser Frieden“ nach sich zöge. — Die Vergrößerung des Herrn Dernburg beweist nur, wie wenig gewisse Kreise aus dem Kriege gelernt haben, und daß es schon allein, um einer Luftflottenvergrößerung vorzubeugen, nicht nur nötig ist, die Fliegerarmee auszubauen, sondern Belgien auch als Basis für englische Luftgeschwader unmöglich zu machen.

## Aber Herr Erzberger!

Je einem deutschen Blatte finden wir recht beherzige, werbe Worte gegen deutsche Sentimentalität und Dummheit bei der Kriegsführung wie beim Friedensschluß; allerdings sind die Worte teilweise reichlich fröhlich:

„Wenn man in der Lage ist, durch ein Mittel ganz London zu verdrängen, so ist das humaner, als wenn man noch einen einzigen deutschen Volksgenossen auf dem Kampfplatze stehen läßt...“

„Jägern und Jauern, Weichheit und Rücksicht ist Unmenschlichkeit, Schwäche...“

„Über 400 Handelsschiffe hat England uns weggeholt...“

„Die Antwort sollte dahin stehen, daß für jedes deutsche Handelsschiff mindestens eine englische Stadt oder ein englischer Dorf durch unsere Flugschiffe vernichtet werde...“

„Es ist für unser Volk besser, England, Frankreich und Rußland mit allen ihren Heeresmächten bezuziehen als als Barbaren, als daß sie uns als Unterlegene demütigen würden...“

„Weichheit und Sentimentalität im Kriege wäre unverzeihlich und volkverderblich Dummheit. Was der Friede alles von uns haben, so soll er beim Friedensschluß nur nicht das eine festhalten können, daß die Deutschen die Dummsten gewesen seien.“

Der diese fröhlichen, aber treffenden Worte geschrieben hat, ist niemand anders als der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger; sie finden sich im roten „Tag“ vom 5. 2. 1915. Früher hat allerdings Herr Erzberger sich einem Treiben, das er 1915 als „polteimdrige Dummheit“ bezeichnete, mit immer größerer Begeisterung hingegen; er ist jetzt weitaus fester dem Juli 1917 sein höheres Ziel mehr zu kennen, als daß beim Friedensschluß konstatiert werde, daß die Deutschen die Dummsten gewesen sind. Die geistige Elantheit, die ihm einen solchen Wechsel der Anschauungen ermöglicht hat, ist natürlich durchaus seine eigene Sache; nur kann er von anderen nicht auf verlangen, daß sie ihm auf Pfaden folgen sollen, die er selbst so schön und treffend als „polteimdrige Dummheit“ gekennzeichnet hat.

## Vom Felde der Ehre.



Ansehen. Dem Gefreiten Friedrich Wih. Sengel, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wurde die Deutsche Tapferkeitsmedaille verliehen. Herzlichen Glückwunsch!

## Aus der Heimat.

FC. Badingen, 20. Jan. Die Groß Kreisbaukommission gibt folgenden Bescheid: Nach Vereinbarung mit Groß Kreisbaukommission ordnen wir hiermit an, daß in allen Schulklassen der Klassenlehrer zahlenmäßige Feststellungen über das Körpergewicht der Schulkinder gemacht werden.

## Aus Hessen-Kassel.

FC. Wiesbaden, 20. Jan. In verschiedenen hiesigen Schutzschützen wurden bei einer Hausdurchsuchung hunderte von Schusswaffen gefunden, die zurückgehalten und in besonderen Räumen verwahrt waren. Es handelte sich meist um Friedenswaffen. Die Schusswaffen mußten sofort zum Verkauf gestellt werden. Die Folge war, daß sich sehr große Mengen von Waffen eingefunden hatten, die schließlich unter polizeilicher Aufsicht verwahrt werden, ehe sie an die Käufer kamen.

FC. Kassel, 20. Jan. Schiffsbrüder Ludwig Dann, Kapitän des Schleppdampfers „Bebra“ Nr. 9 wurde von dem Sturmwind in den Rhein geweht. Der 46 Jahre alte Mann ist in den Wellen ertrunken. — Auch der Tragelocher wurde durch den schweren Sturm empfindlich gestört. Das Boot vermochte nicht gegen den Sturm anzukämpfen und drehte sich schließlich um und brach.

FC. Aus dem Hinterland, 20. Jan. 11 Wassermühlen des Kreises Biedenkopf haben jetzt die Genehmigung zur Verarbeitung von Delfruchter erhalten.

## Ärztliche Anzeigen.

Heilbedienst in der Stadtkirche.

Mittwoch, 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Kreisganztag Herr Pfarrer Kieberger.

## Arbeitsmarktanzeiger des Kreisarbeitsamtes.

1 Bäcker, 1 Unterhändler, 6 Schreiner, 1 Krechtfamilie, Dienstmädchen, 5 Hausmädchen.

Für Klänge: Mehrere Stenographinnen, und Maskenschreibern, 100 Pferdebesitzer.

## Stellensuchende:

Mehrere Reisefamilien und ledige Männer, 2 Familien für Stenographie und Maskenschreibern.

Verantwortlich für den politischen und lokalen: G. v. J., Friedberg; für den Angelegenheit: R. v. J., Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“.

